

# mitte drin

Ausgabe 03 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Eine soziale Antwort auf die Wohnungsfrage

*Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen*

**N**ach gut einem Jahr rot-rot-grünen Regierens ist der wohnungspolitische Kurswechsel – der sich mit dem Wechsel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in die Verantwortung der LINKEN abgezeichnet hat – erkennbar geworden. Das äußert sich nicht nur darin, dass wichtige Projekte umgesetzt oder begonnen wurden, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden.

Es wird unter anderem auch an dem regelmäßig, auch von Teilen der Koalition, erhobenen Vorwurf deutlich, meine Senatsverwaltung und ich bzw. DIE LINKE würde sich nicht genug um den Wohnungsneubau kümmern. Die statistischen Zahlen zum Wohnungsneubau stützen diese These nicht: Im letzten Jahr ist die Zahl der Baugenehmigungen und der Fertigstellungen von Wohngebäuden weiter stabil geblieben. Vordergründig läuft der Vorwurf also ins Leere. Der Hintergrund solcher Kritik ist ein anderer: Seit die Wohnungsfrage in Berlin wieder zu einem politischen Thema geworden ist, gibt es einen politischen Konflikt

um die Frage, in welchem Ausmaß eine soziale Wohnraumversorgung vorrangig durch Neubau erreicht werden kann oder gleichzeitig auch Bestandsmaßnahmen erfordert.

DIE LINKE hat sich darin klar positioniert. Schon beim Berliner Mietenvolksentscheid war klar: Wer auf die Wohnungsfrage in Berlin eine soziale Antwort geben will, kann sich nicht nur auf die Frage des Wohnungsneubaus fixieren, das ist keine Lösung. Denn anders als „normale“ Märkte folgen Wohnungsmärkte nicht der simplen Logik von Angebot und Nachfrage: Das beginnt bei der Tatsache, dass sich der Boden, auf dem Häuser errichtet werden, nicht beliebig vermehren lässt und endet bei der Tatsache, dass Menschen ihren „Konsum“ an Wohnraum nicht mal einfach so der veränderten Marktlage anpassen können und wollen. Die „Ware“ Wohnung befriedigt ein Grundbedürfnis der Menschen und ist ein soziales Gut. Deswegen haben wir die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf eine soziale Vermietungspolitik verpflichtet, Mieterhöhungen im sozialen



Katrin Lompscher,  
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

Wohnungsbau ausgesetzt und Mietzuschüsse dafür erhöht. Deswegen unterstützen wir die Bezirke bei der Ausübung des Vorkaufsrechts und planen weitere Bundesratsinitiativen zur Verschärfung des Mietrechts. Ohne Zweifel: Die Bekämpfung der Wohnungsnot in Berlin erfordert auch Neubau. Aber es kommt eben

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Sanierung der Liegenschaft nicht wirtschaftlich?

So die Einschätzung des Schäuble-Ministeriums über den Gebäudekomplex am Alex, ehemals Haus der Statistik der DDR, seitdem leerstehend. Eigentum des Bundes, der es zum Höchstpreis verhöckern wollte. Nun ist Berlin Eigentümer! Rainer Scholz berichtet.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

### Hochhäuser und Parks gibt's in Berlin und New York

Irene Runge geht mit wachen Augen und Ohren durch Berlin. Sie entdeckt dabei oftmals kuriosen Gemeinsamkeiten mit der amerikanischen Stadt. Beinahe ebenso häufig begegnet sie Ungewohntem, das ihr auch auf Berlins Straßen und Plätzen gefallen könnte.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

### Jubiläen sind Tage für die politische Solidarität

Das sagt Jörg Rückmann, einer vom Team "Cuba Si" im Karl-Liebknecht-Haus. 2018 hat viele solcher Tage in Kubas revolutionärer Geschichte. Jörg nennt als Beispiele: vor 150 Jahren erster Unabhängigkeitskrieg, vor 65 Jahren Sturm auf die Moncada ...

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### Demonstrationsroute zum Frauen\*kampftag 2018

BEGINN	17.00 Uhr	Hermannplatz
START DER DEMO	17.30 Uhr	Hermannplatz
ENDPUNKT	20.00 Uhr	Oranienplatz



## DIE LINKE.

### Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

# Bezirk muss Kitaangebot für alle Kinder bereit halten

**Im Jugendhilfeausschuss wurde in der Sitzung am 1. Februar die Kündigung des Trägers Alegria e.V. besprochen, der am Standort Schmidtstraße 4 eine Kita auf einem Bezirksgrundstück betreibt. Was hat das Bezirksamt zur Kündigung bewegt? Ging es darum, wie in einer Petition beanstandet wird, Kitaplätze zu vernichten?**

## Natürlich nicht.

Das Bezirksamt hat in der Sitzung das dramatische Kitaplatzdefizit dargestellt. In der Region Alexanderplatz müssen in den kommenden Jahren über 400 Plätze geschaffen werden.

Der Bezirk Mitte verfügt dort über ein mehr als 3.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück, auf dem zurzeit der Träger Alegria e.V. eine Kita mit 77 Plätzen betreibt. Für das Bezirksamt besteht die Chance, an diesem Standort bis zu 60 zusätzliche Kitaplätze zu schaffen. Es wurde berichtet, dass das Bezirksamt seit Jahren mit dem Träger Alegria e.V. bezüglich des Kitaausbaus am Standort Schmidtstraße 4 in Kontakt steht. Darüber hinaus wurde thematisiert, dass das Angebot der Kita zu wenige Kinder aus dem Bezirk Mitte erreicht (nur 28 von 70 Kindern sind aus Mitte) und die hohen Zuzahlungen vor dem Hintergrund der Lebensrealität im umliegenden Kiez pro-

blematisch sind.

Dass die Eltern der Kita vor allem an das Wohl ihrer Kinder denken und ihre liebge-wonnene Kita retten möchten, kann man ihnen nicht verübeln. Den Eltern wurde zuge-sagt, Lösungen für den Übergang zu finden.

Von der Jugendstadträtin und Verantwort-lichen für den Bezirk wird erwartet, dass sie an alle Kinder des Bezirkes und insbeson-dere der Region denkt. Rund 20 suchende Familien gibt es allein vor Ort, teilte das Jugendamt mit. Und weiter: Freie Plätze bei Trägern gibt es kaum, viele Kitas tun alles, um mit Bezirksamt und Kitaaufsicht gemeinsam neue Plätze zu schaffen und den Familien in Not zu helfen. Vom Träger Alegria e.V. sind bisher keine derartigen Bestrebungen erkenn-bar gewesen.

Das ist das Recht der Kita, aber fehlen-de Angebotsentwicklung im Interesse des Kiezes und des Bezirkes ist eine schlechte Voraussetzung, um weiterhin ein bezirkseigenes Grundstück zu nutzen, das dringend als Ort für ein erweitertes und bedarfsgerechtes Angebot gebraucht wird.

Insofern ist die schwere Entscheidung des Bezirksamtes nachzuvollziehen und es ist zu wünschen, dass mit einem Interessebekun-dungsverfahren eine gute Entwicklung für den Standort eingeleitet wird. Auch Alegria



Ramona Reiser

kann sich mit einem neuen Konzept bewerben und müsste beweisen, dass die Kita auch Kinder aufnimmt, deren Eltern sich die hohen Zuzahlungen nicht leisten können, und darauf achtet, dass Eltern aus dem Kiez vom Angebot angesprochen werden.

Die Redebeiträge der Geschäftsführung ließen nicht erkennen, dass man dies bislang ernsthaft versucht hat. Warum auch, wenn mit Zusatzbeiträgen von weit über 100 Euro bei 70 Plätzen ein jährliches Plus von ca. 100.000 Euro zu erzielen ist. Auch wenn Zusatzbeiträge nicht grundsätzlich verboten sind, ist es nicht Aufgabe des Bezirkes auf einem Grundstück des Bezirkes dieses Zuzahlungswesen, was oft genug ein „Unwesen“ ist, zu befördern.

**Ramona Reiser, Jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der BVV**

## Aus der BVV

# Milieuschutz, Standesamt, Kitaplätze und Equal Pay Day

**Während der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 22.02. standen unterschiedlichste Themen auf der Tagesordnung.**

Die Linksfraktion konnte zwei wichtige Anträge durchbringen: Einmal soll der Milieuschutz auf die südliche Lehrter Straße ausgeweitet werden, um die Bewohner\*innen besser vor weiterer Verdrängung zu schützen. Zum Zweiten soll es eine verbindliche Mieterberatung für Mieter\*innen in Milieuschutzgebieten geben, wenn ihr Haus verkauft wurde, ohne dass das Bezirksamt das Vorkaufsrecht ausübte. Das soll dazu führen, dass die Mieter\*innen überhaupt über ihre Schutzrechte in Milieuschutzgebieten Bescheid wissen, um sich so besser gegen Miethaie wehren zu können.

Während der Anwohnerfragen fragte eine hochschwangere Katholikin nach,

warum sie keinen Hochzeitstermin beim Standesamt kriegen kann. Stadträtin Dr. Sandra Obermeyer (parteilos, für Die Linke) wies darauf hin, dass aufgrund der schlechten Personalsituation der letzten Jahre und der langen Ausbildungsdauer von Standesbeamten ihre ergriffenen Maßnahmen zur Besserung der Situation erst ab dem 3. Quartal des Jahres fruchten werden können. Bis dahin werden Geburten und Sterbefälle prioritär behandelt. Sie wies auch darauf hin, dass bei begründeten Notfällen Ausnahmen gemacht werden können, dazu müsse man sich schriftlich an das Bezirksamt wenden.

Des Weiteren gab es Fragen zur Kita Alegria in der Schmidstraße 4. Frau Dr. Obermeyer stellte noch einmal die Situation dar, warum es dazu kam, den Vertrag

mit dem Träger auslaufen zu lassen: Der Kitaträger hat nicht mit dem Bezirksamt kooperiert, als es um den Ausbau der Kitaplätze und den Abruf von Sanierungsmitteln ging. Insgesamt sei das Jugendamt schon seit mehreren Jahren unzufrieden mit dem Träger als Vertragspartner. Zudem befindet sich der Träger in einem Vertragsverletzungsverfahren mit der für Kitas zuständigen Landesstelle. Zentral ist der Ausbau eines quantitativ und qualitativ bedarfsgerechten Angebots an diesem Kitastandort.

Zudem stimmte die BVV einer Resolution zu, sich am Equal Pay Day zu beteiligen, bei dem es darum geht, auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen hinzuweisen. CDU und AfD enthielten sich dabei.

**Andreas Böttger**

# Initialzündung 2018: Erleben und Verändern

**B**eim Workshop am 17. Februar diskutierten Mitglieder der LINKEN Berlin-Mitte über die Schwerpunkte ihrer Arbeit im Jahr 2018. Die Veranstaltung im Refo-Campus richtete sich besonders an Neumitglieder. Die über 60 Teilnehmer\*innen erarbeiteten Aktionen und Projekte, die im laufenden Jahr umgesetzt werden sollen.

Wohnen in der Innenstadt, Unterstützung für Obdachlose und Geflüchtete, bessere Bürgerbeteiligung, der Einsatz für eine funktionierende Infrastruktur im Bezirk und die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament – die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen auf der Hand. Aber wie können wir diese effektiver bearbeiten? Wie können wir die vielen im vergangenen Jahr zu uns gekommenen Neumitglieder in den Bezirksverband integrieren? Benötigen wir neue Strukturen? Wie können wir die Potentiale



Ideensammlung unterm Refo-Dach

## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,  
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

## BÜRGER\*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer

Mitglieder der Linksfraktion in der  
BVV Berlin Mitte **laden ein**

**JEDEN 2. FREITAG IM MONAT**

**16:00 – 18:00**

im **LINKSTREFF**

Malplaquetstr. 12  
13347 Berlin - Wedding

unserer neuen und alten Mitglieder in der und für DIE LINKE besser nutzen? Wie gelingt es uns, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, im Bezirk präsent zu sein? Wer sind eigentlich unsere außerparlamentarischen Bündnispartner? Kann der Bezirksverband die auf Landes- und Kommunalebene in Verantwortung stehenden Genoss\*innen besser unterstützen? Entsprechen unsere Veranstaltungsformate den Erwartungen der Mitglieder und Sympathisant\*innen?

Nach der Eröffnung durch den „Hausherren“ der Reformationskirche Steve Rauhut und einer kurzen Kennlernphase der Teilnehmer\*innen wurden Ideen zu den genannten Fragen gesammelt, diese gewichtet und anschließend in Arbeitsgruppen bearbeitet. In den Gruppen wurden die Aufgaben konkretisiert, erste Vorschläge zur Umsetzung entworfen und zeitliche Abläufe erarbeitet. Neben den bereits im Bezirksverband bestehenden Arbeitsgruppen „Wohnen“ und „Antirassismus“ entstanden die neuen Ar-

beitsstrukturen „Einbindung von Neumitgliedern“, „Präsenz in den Kiezen“, „DIE LINKE im Netz“, „Vorbereitung interner und externer Veranstaltungen“, „Vernetzung mit Bündnispartnern“ und „Europa - Vorbereitung der Europawahlen“. Am Ende des Workshops stellten die Arbeitsgruppen ihre ersten Ergebnisse vor. Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit dieser Gruppen ist die gegenseitige Vernetzung und die zu den Basisorganisationen.

Ein großes Dankeschön geht an Katharina Mayer und Felix Wiesner für die Vorbereitung und Moderation der Veranstaltung und Steve Rauhut für die herzliche Aufnahme in der Reformationskirche.

Der Workshop war ein voller Erfolg. Jetzt gilt es die Arbeitsgruppen weiterzuführen. Dafür werden weitere Unterstützer\*innen gesucht. Wer Interesse hat, in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, möchte sich bitte in der Geschäftsstelle melden.

**Thilo Urchs**

Fortsetzung von Seite 1: **Eine soziale Antwort auf die Wohnungsfrage**

darauf an, leistbare und bedarfsgerechte – also die „richtigen“ Wohnungen – zu bauen, die sich die Berliner\*innen auch leisten können. Aus diesem Grund unterstützen wir landeseigene Wohnungsbaugesellschaften beim Neubau und haben sie verpflichtet, 50% ihrer Neubauwohnungen als Sozialwohnungen zu errichten. Aus dem gleichen Grund wollen wir auch andere soziale und gemeinnützige Wohnungsbauträger durch Förderung unterstützen, indem wir sie bei der Vergabe

von landeseigenen Flächen stärker berücksichtigen.

Gleichzeitig darf notwendiger Wohnungsbau nicht auf Kosten notwendiger Grün- und Freiflächen, sozialer Infrastrukturen, Gewerbeflächen oder Bürger\*innenbeteiligung gehen. In den Koalitionsverhandlungen konnten wir uns mit SPD und Grünen grundsätzlich auf dieses Ziel verständigen. Dass die Opposition r2g dafür angreift, war abzusehen. Dass auch innerhalb der Koalition Debatten über die

Umsetzung dieses politischen Ziels geführt werden, ist legitim. Eins ist aber sicher: Wenn wir als Koalition glaubhaft für eine andere, bessere Wohnungspolitik stehen wollen, dann helfen uns Alarmismus und Zahlenhuberei nicht weiter. Vielmehr sollten wir die Lösung des Berliner Wohnungsproblems mit der sozialen und ökologischen Frage verbinden und insbesondere auch als Frage des Städtebaus begreifen. Rot-rot-grün kann dabei nur gemeinsam erfolgreich sein.

**Menschen in Mitte**

# Koordinator, Referent und Gestalter für Cuba Si: Jörg Rückmann

**Vor neuen Herausforderungen steht 2018 die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si in der Partei DIE LINKE nach mehr als 26 Jahren politischer und materieller Solidarität mit Kuba dank vieler Unterstützer und Spender.**

„Die Situation des sozialistischen Karibiklandes hat sich in den letzten Jahren rundum positiv verändert“, unterstreicht Jörg Rückmann, einer der drei hauptamtlichen Koordinatoren des tatkräftigen Teams im Karl-Liebknecht-Haus. „In den 90-er Jahren nach dem ‚Zusammenbruch des sozialistischen Lagers‘ brauchte Kuba so gut wie alles. In den Kampagnen ‚Milch für Kubas Kinder‘ und ‚Kuba muss überleben‘ haben wir Milchpulver und dringend benötigte materielle Hilfsgüter - Ersatzteile, Computer, Krankenhausbetten oder Fahrräder - in Containern über den Atlantik geschickt. Seit 1993 realisieren wir mit unserer kubanischen Partnerorganisation ACPA (Vereinigung für Tierproduktion) nachhaltige Landwirtschaftsprojekte, von denen wir elf erfolgreich abgeschlossen haben. Gegenwärtig unterstützen wir weitere vier“, betont der 56-jährige, von Beruf Lehrer.

Heute gewinnt die politische Solidarität gegen die Hasstiraden Trumps und Co und die tendenziösen Informationen tonangebender Medien immer mehr an Bedeutung. „Dafür nutzen wir 2018 die zahlreichen Jubiläen, werden den 65. Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne - des Beginns des Befreiungskampfes - begehen, den 90. Geburtstag Che Guevaras feiern sowie an den Beginn des ersten Unabhängigkeitskrieges vor 150 Jahren erinnern. Dafür erwarten wir hochkarätige Gäste wie auch die Tochter Ches, Aleida, und den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo.“

Für den Herbst plant Cuba Si sozialpolitische Reisen nach Kuba, eine davon speziell für Studierende, Azubis und Berufsanfänger. Im Angebot stehen auch wieder Workcamps von Solidaritätsbrigaden ab-

seits der Touristenpfade, um den Alltag der Kubaner kennenzulernen. Ein Höhepunkt wird auch wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ am 28. Juli in der Lichtenberger Parkaue sein.

„Um die Wahrheit über Kuba zu verteidigen, bieten wir Vorträge an über Land und Leute, seine ökonomische Entwicklung, das



Jörg Rückmann

Wahlsystem, den Aufbau des Internets oder über die Beziehungen Kuba-USA“, informiert Jörg Rückmann, der dabei gern selbst als Referent auftritt.

„Über meinen Job als Werbegrafiker bin ich zu der AG gekommen, habe 1998 auch deren Zeitschrift `Revista` mit aus der Taufe gehoben“, erinnert sich der gebürtige Berliner. Nun ist der Koordinator der vielfältigen Aktivitäten häufig auf der Insel - zu ACPA-Kongressen, zur Internationalen Buchmesse, zu Erfahrungsaustauschen und vor allem zu Kontakten mit den Mitarbeitern der landwirtschaftlichen Projekte. „Die Arbeit für Kuba ist für mich zu einer Herzenssache geworden“, erklärt Jörg Rückmann. „Ich möchte dazu beitragen, dass das lebenswerte Land seinen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus nach seinen eigenen Vorstellungen und ohne Einmischung von außen selbst gestalten und erfolgreich fortsetzen kann.“

[www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)

Matthias Herold

## Bei anderen gelesen

### ➤ Gegen weltweite Aufrüstung

Der 24. Kasseler Friedensratschlag wurde dominiert von der Forderung nach weltweiter Abrüstung und internationaler Vernetzung im Kampf gegen den Krieg. Von der aktuell wieder forcierten Aufrüstung der USA, der NATO und der BRD profitiert die Rüstungsindustrie. Zur Ausweitung und Sicherung ihrer Profite sind die Aktionäre von Banken und Großkonzernen an einem starken, militärtechnisch auf höchster Ebene stehenden Staat interessiert.

„RotFuchs“, Februar 2018

### ➤ Militärindustrie – Waffenturbo GroKo

Von keinem anderen Regierungsbündnis hat die deutsche Rüstungsindustrie in der Vergangenheit so stark profitiert wie von den beiden Großen Koalitionen unter Kanzlerin Angela Merkel, sie genehmigten von 2014 bis 2017 mehr als viermal so viele Rüstungsexporte in „Drittländer“ wie die erste rot-grüne Koalition, die bis 2002 regierte.

„Der Spiegel“ Nr. 6, 03.02.2018

### ➤ Judentum ist nicht gleich Holocaust

Jedes Jahr am Holocaust-Gedenktag ertönen Apelle „Gegen das Vergessen“. Was die Deutschen jedoch offenbar längst vergessen haben, ist die deutsch-jüdische Geschichte vor dem Dritten Reich. Stattdessen ist unser Bild von Juden bis heute erschreckend stark von den Nationalsozialisten geprägt.

„Cicero“, 07.02.2018 von Sarah Stricker

### ➤ Wahnsinns-Russland- Sanktionen

Seit die Europäische Union Sanktionen gegen Moskau verhängte, liegt das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Russischen Föderation im Argen. In dieser Frage ist die Bundesrepublik ein geteiltes Land. Aber es sind nicht nur wirtschaftliche Aspekte, die das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Russen prägen. Sie halten an der alten Freundschaft fest. „Unter dem Wahnsinn der Sanktionen müssen viele ostdeutsche Unternehmen leiden“, so Thomas Streil aus Dresden, der Umweltmesstechnik produziert.

„Der Spiegel“ Nr. 5, 27.01.2018

### ➤ Andere Sicht der Ostdeutschen

Politik ist eine Frage des Proporz. Ostdeutsche schauen anders auf die Zukunft, weil sie eine andere Erfahrung mit politischen Brüchen und wirtschaftlichen Krisen gemacht haben. Wichtig ist die symbolische Repräsentanz.

„Der Tagesspiegel“, 11.02.2018

## Kurznachrichten

### ► Städtische Gebiete wachsen weltweit

Zwischen 1990 und 2015 haben Städte immer mehr Flächen erobert. Allein in Afrika verdoppelten sich städtische Gebiete. Weltweit werden mehr als 40 Städte mit Einwohnerzahlen zwischen fünf und zehn Millionen gezählt. Megacities werden Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern genannt. Davon gibt es weltweit 32, und zwar je fünf in Indien und China. In Europa gibt es nur drei – Paris, Moskau und Istanbul.

### ► ADAC-Helfer leisteten 2017 mehr als 4 Millionen Einsätze

Das waren 70.000 weniger als im Vorjahr. Die Nummer Eins auf der Pannennliste belegten mit 40 Prozent wiederum Schäden mit der Batterie. Auf Platz Zwei standen mit 21 Prozent Probleme mit dem Motor (auch Zündung). Den dritten Platz nahmen mit 13 Prozent Pannen mit Lenkung, Karosserie, Bremsen, Fahrwerk oder Antrieb ein.

### ► DB will 2018 über neun Milliarden Euro investieren

Damit soll das Schienennetz erneuert und erweitert werden. Auch für die Modernisierung von Bahnhöfen werden Mittel verwendet. Das würde zur Folge haben, dass es bis zu 800 Baustellen gleichzeitig geben wird. So der für Infrastruktur zuständige Ronald Pofalla. Auf wichtigen Strecken müsse mit Verzögerungen von zehn bis dreißig Minuten gerechnet werden.

### ► Jedes sechste Kind wächst in einem Krisengebiet auf

Das betrifft 357 Millionen Kinder – 75 Prozent mehr als Anfang der neunziger Jahre, so die Hilfsorganisation „Save the Children“ (Rettet die Kinder). Besonders gefährdet ist die Nahost-Region. Hier leben zwei von fünf Kindern in einer Krisenregion.

## Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat findet eine Beratung zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sichere Kommunikation statt. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

**Jeden 2. Donnerstag im Linkstreiff, zwischen 19 und 21 Uhr, in der Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin**

# Wiederbelebung des Hauses der Statistik – als Gegenpol zum kommerziell geprägten Alex

**Der Senat hat das Haus der Statistik (HdS), das seit 2008 leer stand, gekauft. Dabei handelt es sich um vier Hochhäuser mit einer Fläche von 50.000 qm sowie abzureißende Flachbauten, aber auch Neubauten von 65.000 qm. Die aufwendige Sanierung des großen Gebäudekomplexes an der Ecke Karl-Marx-Alle / Otto-Braun-Straße ist schon deshalb von besonderem Interesse, weil die Neugestaltung modellartig Kultur, Verwaltung, Bildung, Soziales und Wohnung miteinander verbinden soll.**

terstützen, die das HdS künftig nutzen wollen. Ermöglicht hatte den Deal der Hauptstadtfinanzierungsvertrag, in dessen Rahmen Berlin das HdS 2017 vom Bund gekauft hatte, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen. Allerdings war dem ein Streit vorausgegangen. Der Bund nämlich wollte das Areal mal wieder meistbietend verkaufen und die Gebäude abreißen. Angeblich sei eine „Sanierung der Liegenschaft nicht wirtschaftlich“, verlautete die Schäuble-Truppe damals. Bekanntlich können aber Plattenbauten in Stahlskelettbau aus DDR-



Bald neues Leben im Riesenbau

Entstehen wird ein vernetztes Projekt zum kreativen und solidarischen Mitmachen, das einen richtungsweisenden Gegenpol zum nahen Alexanderplatz darstellen soll, dessen städtisches Leben durch den Kommerz stark mitgenommen ist. Im Januar unterzeichneten die am Projekt Beteiligten eine Kooperationsvereinbarung; danach wollen sie bis August 2018 verhandeln, wie die künftige Nutzungsmischung aussehen soll – auch organisatorisch und finanziell.

Beteiligt sind das Bezirksamt, die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), die Senatsbauverwaltung, die landeseigene Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Stadtentwicklungsgenossenschaft Zusammenkunft Berlin; sie wird die Initiativen un-

Zeiten vergleichsweise einfach wieder hergerichtet werden.

Das HdS wurde 1968 bis 1970 für die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR gebaut, nach der Wende von Bundesbehörden genutzt und 2008 leergezogen. 2015 wurde erwogen, es mit Flüchtlingen zu belegen.

Der Bundesrechnungshof hatte seinerzeit den langen Leerstand des Gebäudes in bester Innenstadtlage mit Recht kritisiert. Der Vandalismus hatte damals extrem zugenommen. Aus dem HdS war ein marodes Geisterhaus mit Fenstern ohne Scheiben und verwilderter Fassade geworden. In der Bevölkerung gab es dafür immer weniger Verständnis.

**Rainer Scholz**

# Nahe Fremde und fremde Nähe

**F**rüher las man in der übervollen U-Bahn Zeitung, heute starrt man aufs Handy. Es schminken sich Frauen zu Ende, es duftet männlich-orientalisch oder nach kräuterblumigem Parfüm, Milchkaffee und Croissants. Wird telefoniert, hören alle zu. Touristen schlafen noch. Bald sollen sie auch zentrumsfernere Stadtgeden erkunden.

In Manhattan vertreibt brutale Gentrifizierung junge Familien, Kreative, den älteren Mittelstand z.B. ins fernere Brooklyn, wo vor, neben oder hinter sichtbarer Armut in feinste Neu- und Umbauten investiert wird. So ändern sich Sichtachsen und Ansichten, Düfte, Farben, Töne, sondieren schaulustige Architektur und alte Straßenkunst, Streetfood chinesisch, regional, vegan, vegetarisch, Gourmet-Restaurants und Kaffeehäuser. Jenseits vom Brooklyn Bridge Park prahlt spitz am anderen Ufer Manhattans Skyline, doch Brooklyns Ufer ist grün, hat Blumen und Bäume, Holzschwebebrücke, historisches Karussell, Spielplätze, Bänke, alte Lagerhäuser und den Rest des einstigen Hafens. Die unvergängliche Vergangenheit wirbt mit Zukunft. Touristen strömen mit Subway und

Schiff, zu Fuß, Fahrrad oder Auto, um das zu erleben.

Ganz anders Berlin. Aus reglementierter städtebaulicher und politischer Geschichte wurde mit deutschem Ordnungssinn gelernt. Kapitaler Wildwuchs scheint gedämmt, die Bevölkerung wächst deutlich kulturell uneinheitlich. Auch im Wedding, in der neuen Mitte, wo es in der Prinzenallee 13 die wunderbare Fleischerei Boucherie Haroun mit „Spécialités Méditerranéennes“ und Ratschlägen auf Deutsch, Französisch und Arabisch gibt. In dieser Gegend tragen Frauen oft lange graue Mäntel und verhüllen das Haar, begutachten schnurrbärtige Männer rituell geschlachtetes Fleisch, mahnt die Schulleitung der Grundschule am Gesundbrunnen am Tor auf Deutsch, Türkisch, Arabisch und Russisch, dass der Schulhof erst ab 13.30 Uhr zur regulären Abholzeit der Schulkinder geöffnet ist.

Nur vier U-Bahnstationen weiter gefallen knappe Röcke und flatterndes Haar, wird in der alten Mitte auf Englisch annonciert, redet man Spanisch, Italienisch, Hebräisch und Japanisch, entschlüsseln Tourguides in der Dirksenstraße



Politische Wandmalerei im Häusermeer

übermalte und verklebte Wände der S-Bahn-Bögen auch auf Französisch. Von dort fahren die Straßenbahnen bis in entlegene Gegenden. Ist das die touristische Option?

**Irene Runge**

## Heiße Kufen in Grenoble 1968 oder doch nur heiße Luft?

**Rehabilitation der DDR-Rodlerinnen nach 50 Jahren überfällig**

**N**ach zwei erfolgreichen Rennläufen der Rodlerinnen der DDR bei den X. Olympischen Winterspielen in Grenoble/Frankreich sollte am 13. Februar 1968 der dritte Rennlauf folgen.

Obwohl es die Aufgabe des Startleiters laut Internationaler Rennrodelordnung ist, zu prüfen, dass „bei Startbeginn eines Konkurrenten die Schienen der Kufen eine normale Temperatur aufweisen müssen, die der Umgebungstemperatur entspricht“, ging der sich in bekannter westdeutscher Abhängigkeit befindliche polnische Juryvorsitzende Swiderski ca. 10 Minuten vor dem Start zu den Schlitten der DDR-Rodlerinnen, um durch Handauflegen die Kufentemperatur zu prüfen. Außerdem legte er noch Schnee auf die Kufen, der bei einer Außentemperatur von 4 Grad schmolz. Nach seiner Ansicht waren die Kufen zu warm und er verließ den Startplatz.

Nach der Startfreigabe durch den Startleiter, also der Bestätigung der Einhaltung der Regeln, bauten die DDR-Rodlerinnen ihren Vorsprung auf den Plätzen 1, 2 und 4 mit Bestzeiten weiter aus.

Nur wenig später wurde durch die Jury ohne jegliche Beweisführung die Disqualifikation der DDR-Sportlerinnen wegen Heizens der Kufen bekanntgegeben.

Trotz fehlender Technik zur Messung der Kufentemperatur, unzähliger Proteste aus aller Welt, eidesstattlicher Erklärungen, Unverständnis des IOC und trotz des überzeugenden DDR-Sieges im abschließenden Doppelsitzer Wettbewerb – es blieb bei der Disqualifikation.

Die Internationale Föderation konnte sich trotz der damals durch die Systemaus-



Thomas Köhler (2. von rechts), Gewinner der Goldmedaille im Rennrodel-Doppelsitzer und der Silbermedaille im Einzel bei den Olympischen Spielen 1968 in Grenoble

einandersetzungen begünstigte Fehlentscheidung bis heute nicht entschließen, die DDR-Sportlerinnen vorurteilsfrei zu rehabilitieren. Heute kann es nicht mehr um die Rückgabe der Medaillen gehen, sondern einzig und allein um die Entlastung der Sportlerinnen, betrogen zu haben. Dazu wären der 50. Jahrestag der X. Olympischen Winterspiele von 1968 und die XXIII. Olympischen Winterspiele von Pyeongchang eine günstige Gelegenheit gewesen.

**Thomas Köhler**

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Ein neues Institut für islamische Theologie an der Humboldt-Universität

**In den kommenden Wochen werden, wenn alles klappt, die Voraussetzungen geschaffen, um ein neues Institut an der Humboldt-Universität einzurichten: das Institut für Islamische Theologie.**

Dieser Gründung ging ein jahrelanger Prozess voraus, der mit der Empfehlung des Wissenschaftsrates für die Einrichtung solcher Theologien 2010 Fahrt aufnahm. Begründet wurde diese Empfehlung mit der Feststellung, dass eine Ausbildung islamischer Religionslehrer\*innen und Imame nach hiesigen wissenschaftlichen Standards erfolgen sollte. Derzeit werden Menschen in diesen Funktionen vor allem aus dem Ausland rekrutiert und stehen oft in direktem Zusammenhang mit der religiösen und politischen Ausrichtung dieser Regierungen – etwa aus dem Iran oder der Türkei. In Berlin nehmen etwa 5000 Schülerinnen und Schüler am islamischen Religionsunterricht teil.

Aber auch die theologische Weiterentwicklung der islamischen Religionslehre, der innerreligiöse Diskurs soll durch ein solches Institut vorangetrieben werden. In Münster, Frankfurt, Tübingen oder Freiburg existieren die Institute bereits, nun folgt Berlin. Der Gründungsprozess seit 2015 gemeinsam mit den größeren islamischen Verbänden, etwa DITIB, der Islamischen Föderation oder dem Zentralrat der Muslime gestaltete sich schwierig. Anders als die großen Kirchen hat der Islam keine zentralen Organisationen. Die Interessen der Verbände, so stellte es der Gründungsbeauftragte Professor Borgolte im Wissenschaftsausschuss dar, laufen sich oft zuwider. Der Bedarf an Rückkopplung in den Verbänden sei aufwändig und zeitraubend.

Zugleich meldeten kleinere, liberal ausgerichtete Verbände und Initiativen wie etwa der Liberal-Islamische Bund, die Ahmadiya-



Tobias Schulze

### Bürgerbüro – Carola Bluhm – Katrin Seidel – Udo Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin

Telefon: 030 – 22 49 45 77  
kontakt@carola-bluhm.de

www.linksfraktion.berlin

#### Öffnungszeiten:

Montag: 12 bis 14 Uhr  
Mittwoch: 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr  
Donnerstag: 17 bis 20 Uhr  
und nach Vereinbarung

### Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

#### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de  
www.tobiasschulze.berlin  
Twitter: @sprengbuero

### Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit  
**Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

#### an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen**

**Nina Jenny Soest und Christian Wisch**  
von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)  
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,  
Tel.: 28705751

#### jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14.00 bis 16.00 Uhr  
kostenlose Mieterberatung  
im Karl-Liebknecht-Haus, Raum 523,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Gemeinden oder der Moscheeverein von Seyran Ateş den Wunsch nach Mitwirkung im Beirat des Instituts an. Und dies vollkommen zu Recht. Wenn solch ein Institut auch der Selbstverständigung innerhalb der Religion dienen soll, dürfen nicht nur konservativ ausgerichtete Verbände Zugang haben.

Trotzdem gestaltet sich die Öffnung des Beirates schwierig, schon eine Einigung der größeren Verbände auf ein Konzept war und bleibt problematisch. Das Institut muss nun erstmal auf die Beine kommen. Und die liberalen Verbände sollen einbezogen werden, spätestens in drei Jahren, wenn die Gründung das erste Mal evaluiert wird. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

Tobias Schulze

#### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)  
Mit besten Grüßen  
Die Redaktion der „mittendrin“

## Das ist das Letzte

Was waren die drei tollen Tage am Rhein gegen die sechs verrückten Monate an der Spree? Der Parteien-Zirkus stellt den Karnevals-Klamauk in den Schatten. Die Obrigkeiten führten uns mit Pleiten, Pech und Pannen bis in die Regierungslosigkeit. Da freut man sich über jeden Erfolg der Vernunft. So machte mein Herz einen Hüpfen als ich las, dass das ostdeutsche „Ampelmännchen“ dank seiner „stärkeren Leuchtkraft“ bereits 60 Prozent der 2.100 Verkehrssampeln erobert hat. Der Jubel bekam allerdings in der „Weiber-Fastnacht“ einen Dämpfer: Der „Mann mit Hut“ wird als „maskuline Protzerei“ gerügt. Er bekam hier und da noch zwei Zöpfe angeklebt.

Einen weiteren Erfolg brachten Rechenübungen zur Kosten-Explosion am Schönefelder Flughafen: 2005 waren es 1,9 Milliarden Euro. Heute liegen die Materialkosten bei 5,3 Mrd. Das ging Stuttgart beim Kellerbahnhof und Hamburg mit der Elbphilharmonie genauso. Die Berliner Flughäfen hatten 2017 bereits 33 Millionen Passagiere befördert. Sie liegen damit, nach Frankfurt und München, auf Platz III. Und wenn Schönefeld endlich fliegen lernt, wird das hämische Kichern verstummen.

Der dritte Erfolg sollte Martin Schulz als Kanzler sein. Aber die SPD tritt mit jedem Schritt tiefer in die Scheiße. Schulz will nicht mehr, Nahles darf noch nicht, Scholz muss einspringen, Gabriel ist sauer, Merkel muss abwarten! Alle stehen im Kreuzfeuer. Die jungen Wilden verlangen mehr Mitsprache. Die Regierungsprogramme haben zu viele Lücken und Notausgänge und zu wenig Antworten auf die Zukunftsfragen: Atomkrieg, Klimawandel, Nationalismus, Kinderarmut, Daseinsvorsorge und die Gier der Superreichen. Aber Mutti Merkel hält am Steuer fest und singt: „Die GROKO hilft beim WEITER SO!“ Und die Linke hat – wie die Grünen – mit sich selbst zu tun. Marx oder Gott steh uns bei! **Arthur Paul**

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte  
der Partei DIE LINKE

#### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

#### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

#### Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 21.02.2018

Ausgabetag für Nr. 04/2018 – 05.04.2018

## Unerhört, diese Obdachlosen!

**S**ie sind wie Schafe mitten unter Wölfen. Wirklich unerhört! Weil wir sie nicht hören, nicht zuhören. Sie kommen kaum zu Wort.

Ich habe mit drei von ihnen gesprochen und gefragt, wie sie sich fühlen, was sie sich wünschen, wie es ihnen geht. Ich habe gehört, was sie sagten!

O. aus Berlin: „Ich bin behindert und weiß, ich sehe nicht gut aus und rieche unangenehm. Neulich, am Alex, ich humple so vor mich hin, fragt mich im Vorübergehen Einer, wie es mir geht. Er fragt nicht, weil er mitgehen will, er fragt, weil er weitergehen will. Ich antworte, es geht. Aber es geht nicht. So nicht.“

W. aus Polen: „Dankbar bin ich für jeden, der mir nicht ausweicht. Dankbar bin ich für jeden, der mir einmal zulächelt und mir seine Hand reicht, weil ich mich verlassen fühle. Dankbar bin ich für jeden, der bei mir stehen bleibt und mit mir spricht, auch wenn er Angst hat, etwas Falsches zu sagen. Dankbar bin ich für jeden, der mir erlaubt, über mich zu sprechen. Ich möchte meine Erinnerungen nicht totschiemen. Ich danke den Menschen, denen ich mit-

teilen kann, was mich bewegt. Ich danke jedem, der mir zuhört, auch wenn das, was ich zu sagen habe, schwer zu ertragen ist. Ich danke allen, die mich nicht ändern wollen, sondern annehmen, wie ich jetzt bin. Ich danke denen, die mich trösten und mir zusichern, dass Gott mich nicht verlassen hat.“

A. aus München: „Obdachlos sein heißt warten, ausgeliefert sein“ – wie der Neandertaler dem Wild, dem er auflauert, wie der Prähistorische und der Antike den Göttern, warten auf Gedeih und Verderb, Gnade oder Ungnade, die die Opferschau anzeigt. Warten: Naherwartung, Endzeiterwartung: Paradoxie: Gott liefert sich aus – solidarisch – den Ausgelieferten aus, in die Dialektik von Erfüllung und Hoffnung, schon jetzt und dem abschließenden Schluss am Ende der Tage. Ich bin der Nachchrist und warte auf Godot, den, der nicht, der nie kommt: Verlagerung in den absurden Kreis: Identität von Hoffnung und Erwartung, Hoffen und Warten, Identität, die sich paralyisiert: ausgeliefert an mich selbst, empfunden als Tragik, Absurdität, Freiheit, Emanzipation, ja nach Vitalität. **Orlando El-Mondry**

### Habt ihr es gewusst?

Das Foto im Bilderrätsel der Februarausgabe wurde vom Standort Torstraße/Gartenstraße aufgenommen. Unter den richtigen Einsendungen wurde Bettina Beisert als Gewinnerin gezogen.

**Herzlichen Glückwunsch!**

### Lesung, Gespräch

**Gesine Löttsch und Daniel H. Rapoport**

### Anteil des Redens an der Affen-Werdung des Menschen

Am 27. März 2018 um 18 Uhr  
Im Karl-Liebknecht-Haus,  
„Rosa-Luxemburg-Saal“  
Kleine Alexanderstraße 28

Eintritt frei.

Anmeldung erforderlich. Tel: 030-227-71787  
oder per E-Mail: [gedrucktes@die-linke.de](mailto:gedrucktes@die-linke.de)

Kann sein, der Titel seines Buches legt das Verblöden durch Reden etwas zu nahe, Rapoport hofft nicht minder auf das Erklugen. Wer redet wie und wann und mit welcher Absicht? Wie kommen Vorurteile und Stereotype in die Welt? Seine Beobachtungen sind klar und witzig, er überrascht mit provokanten Schlüssen; dabei geht er theoriefreudig oder auch brachial empirisch alle Umwege, die seine prägende Vernunft ihn leitet.

### Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 95. Edith Barow-Bernstroff
- zum 93. Hein Grote
- zum 90. Victor Grossman,  
Helmut Hauptmann
- zum 89. Günter Böhle, Dieter Langhoff  
Ingeborg Langner, Ilse Pargmann
- zum 88. Anneliese Kolin
- zum 87. Karl-Heinz Neubauer, Erich Keindorf
- zum 86. Georg-Dietrich Breden  
Gisela Meier
- zum 85. Edith Angermüller
- zum 84. Rolf Krug, Brigitte Lupp,  
Vera Reuß, Fritz Wengler
- zum 83. Udo Leuschner, Ingrid Renner
- zum 82. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut,  
Helmut Schieferdecker,  
Lore Supranowitz
- zum 81. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker
- zum 80. Rita Kindler, Helga Rieß
- zum 75. Meike Andrae, Eckhard Augustin